

DER GRÜNE BOTE



■ Lokale Agenda 21

Wiesenbach macht jetzt mit

Am 14. Januar hat der Gemeinderat grundsätzlich zugestimmt: Auch Wiesenbach setzt die „Lokale Agenda 21“ auf die Tagesordnung. „Global denken - lokal handeln“, nach diesem Motto soll in unserer Gemeinde auf unterschiedliche Art und Weise bei Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie wir hier lokal unseren Beitrag dazu leisten können, Probleme in den Griff zu kriegen, die global, d.h. im Weltmaßstab die Lebensumwelt und den sozialen Frieden der Menschheit bedrohen. Die Grünen werden das nach Kräften unterstützen.

Global denken ...

Die Agenda 21 ist ein Kind der ersten großen UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die vor sieben Jahren unter der Beteiligung von mehr als 170 Staaten in Rio de Janeiro zusammentrat. Das Dokument enthält in vierzig Kapiteln die Hausaufgaben, die sich die Teilnehmerländer angesichts der zunehmenden ökologischen und sozialen Probleme auf unserem Globus selbst aufgegeben haben: ein breites Umwelt- und Entwicklungsprogramm für den Weg ins 21. Jahrhundert, um den nächsten Generationen eine Welt zu übergeben, in der sie ihre eigene Zukunft lebenswert gestalten können. Die Agenda 21 ist die Tagesordnung für das nächste Jahrhundert. Das Wort „Agenda“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet: „was zu tun ist“.

Zwei Schlüsselbegriffe bestimmen die Agenda. Der eine heißt „Nachhaltige Entwicklung“. Der Begriff stammt aus der Forstwirtschaft und bezeichnet dort einen Umgang mit dem Wald, bei dem nur so viele Bäume gefällt werden, wie

auch wieder nachwachsen. Nachhaltig leben und wirtschaften bedeutet deshalb, im Interesse der kommenden Generationen unserer Erde möglichst wenig Rohstoffe zu entnehmen und ihr Öko-System nicht mehr zu belasten, als dieses verträgt.

Der andere Begriff ist die „Zukunftsfähigkeit“. Als zukunftsfähig werden nur solche Wirtschafts- und Lebensweisen bezeichnet, die die langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden.

Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit werden in der Agenda darüberhinaus unabdingbar mit einer Weltordnung verbunden, die soziale Gerechtigkeit voranbringt. Auch die gerechte Verteilung der Güter dieser Erde zwischen der Nord- und der Südhalbkugel.

... lokal handeln

Weil die Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt die politische und verwaltungsmäßige Ebene darstellen, die den Menschen vor Ort am nächsten ist, forderte die Konferenz von Rio die Kommunen auf, eine auf ihre jeweiligen Verhältnisse zugeschnittene, eigene Agenda zu erarbeiten und umzusetzen, eben ihre Lokale Agenda 21.

Bereits 1994 schloss sich der Deutsche Bundestag einstimmig dieser Aufforderung an, schon die Kohl-Regierung und auch die Landesregierung in Stuttgart haben die Städte und Gemeinden mehrfach ermutigt, diesen Vorschlag aufzugreifen.

Zahlreiche Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg und im ganzen Bundesgebiet sind mittlerweile in Sachen Agenda 21 aktiv geworden. Auf europäischer Ebene gehört Deutschland jedoch eher zu den Nachzüglern.

Nun gibt es Stimmen, die sagen, was kann ein einzelner Mensch, was kann eine kleine Gemeinde angesichts der weltweiten Probleme schon ausrichten?

Lesen Sie weiter auf Seite 2

In eigener Sache

Der Krieg im Kosovo

Auch ohne UNO-Mandat zieht die NATO in den Krieg gegen Jugoslawien, um das Milosevic-Regime mit Gewalt zum Abbruch seines mörderischen Vertreibungsfeldzugs gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit in der serbischen Kosovo-Provinz zu zwingen. Zahlreiche Versuche zu einer friedlichen Lösung waren zuvor an der starren Haltung der Regierung in Belgrad gescheitert.

Bisher jedenfalls haben aber auch Bomben und Marschflugkörper das Elend der Kosovo-Albaner nicht beenden können. Eine teuflische Zwickmühle, aus der noch kein Ausweg gefunden ist. Der Konflikt gehört schnellstens wieder auf den Verhandlungstisch.

Die Situation im Balkan muß uns alle sehr nachdenklich machen. Offensichtlich fehlen in der internationalen Politik die geeigneten, von der ganzen Staatengemeinschaft akzeptierten Mittel, Völkermord bei Bürgerkriegen in Vielvölkerstaaten zu verhindern. Der Zorn über die Greueltaten der jugoslawischen Armee, der serbischen Sonderpolizei und der marodierenden Serbenmilizen gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo darf uns nicht blenden: Der Weg, den die NATO mit ihrem Luftkrieg ohne UNO-Mandat eingeschlagen hat, kann für den Frieden auf der Welt brandgefährlich werden.

Nach dem Zerfall des Sowjetblocks verletzen die USA und ihre NATO-Verbündeten zunehmend die UNO-Spielregeln, ignorieren das Veto von Sicherheitsratsmitgliedern und spielen sich als Weltpolizisten auf, die nach Gutdünken ihr eigenes Veto-Recht beanspruchen, eingreifen und schießen oder nicht. Im Osten des NATO-Mitglieds Türkei herrschen für die Kurden ganz ähnliche Zustände wie für die Albaner in Serbien, da schauen die Sheriffs nicht mal hin. Und das ist nur ein Beispiel. Was wäre, wenn Rußland sich in der Lage befände, dort eigenmächtig zu intervenieren?

Die Spielregeln müssen für alle Staaten gleich gelten und von allen akzeptiert werden. Sonst herrscht in den internationalen Beziehungen über kurz oder lang das Faustrecht.

Das Einhalten der Regeln zu gewährleisten, ist nach dem Völkerrecht Sache der UNO. Zum Militäreinsatz als letzten Mittel darf es nur in ihrem eindeutigen Auftrag kommen.

Die UNO-Mitglieder müssen allerdings dringend dafür sorgen, daß die Vereinten Nationen auch gegen das Veto einzelner Großmächte effektiver zur Konfliktlösung beitragen können.

Keinesfalls darf das militärische Eingreifen auf eigene Faust zum Bestandteil der NATO-Doktrin gemacht werden, wie es die USA aus Anlaß des 50. Gründungstags des Bündnisses in diesem Frühjahr beabsichtigen.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Fortsetzung von Seite 1: Lokale Agenda 21

Natürlich stehen in Sachen Schutz der Erdatmosphäre zum Beispiel die Vereinten Nationen, die Regierungen aller Staaten und die industriellen Großverschmutzer in der Verantwortung.

Aber das Umdenken, das die Lösung der anstehenden Probleme erst möglich macht, muß in den Köpfen von uns allen stattfinden. Um bei der Reinhaltung der Atmosphäre zu bleiben: Wir alle sind die Autofahrer(innen), die ihre Kiste auch mal stehen lassen und sich beim Neukauf für einen möglichst schadstoffarm fahrenden Wagen entscheiden können. Wir können vor Ort politisch Druck machen für attraktive Bus- und Bahnverbindungen.

Auch die Beratung im Gemeinderat machte deutlich, daß in den Kommunen viel getan werden kann. Einiges ist sogar schon geschehen. Frau Friedetzki, die Umweltberaterin der Gemeinde nannte hier vor allem die Biotop-Ver-netzung und den Erhalt der Streuobstwiesen, Maßnahmen zur Abfallvermeidung und zur Regenwassernutzung. Aufgaben für die Zukunft sah die Umweltberaterin insbesondere in den Bereichen Energieeinsparung, Verringerung der CO₂-Belastung der Luft und Nutzung der Solar-energie.

Der Gemeinderat hat inzwischen die Heidelberger Energieberatungsagentur KLIBA beauftragt, in Wiesenbach für die Bürger und Bürgerinnen kostenlose Beratungstermine zu Energieeinspar-möglichkeiten durchzuführen.

Der Umweltausschuß soll unter Einbeziehung des BUND, des Dritte-Welt-Ladens und anderer Initia-tiven aus der Bürgerschaft ein Konzept für eine Lokale Agenda 21 in Wiesenbach erarbeiten. Die Volkshochschule bietet übrigens in diesem Frühjahr eine Veranstaltungsreihe zum Thema an. (Termine siehe S. 5)

Heinz-Ludwig Nöllenburg

■ Die Koalitionsvereinbarung II Reform der Alterssicherung

In ihrer Koalitionsvereinbarung haben die neuen Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/ Die Grünen eine umfassende Reform der Alterssicherung festgelegt. So wurde als erste Maßnahme die von der alten Bundesregierung beschlossene Rentenniveaукürzung unverzüglich gestoppt!

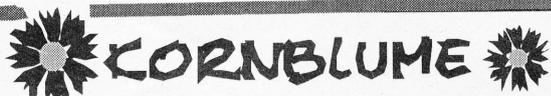
In einem zweiten Schritt wird die neue Bundesregierung eine große Rentenreform auf den Weg bringen, die auf vier Säulen aufbaut:

- ◆ Die gesetzliche Rentenversicherung wird auch in Zukunft die entscheidende Säule der Altersvorsorge bleiben. Sie muß auch im Alter einen angemessenen Lebensstandard sichern.
- ◆ Zweite Säule ist die betriebliche Altersvorsorge. Sie muß verstärkt werden.
- ◆ Dritte Säule ist die private Vorsorge. Auch sie soll gestärkt werden.
- ◆ Als neue Säule der Alterssicherung wollen wir eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital und am Gewinn der Unternehmen.

Unter anderem sollen folgende Bereiche in die Strukturreform einbezogen werden:

- ◆ die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten
- ◆ die Erweiterung des Versichertenkreises
- ◆ Regelungen zur Lebensarbeitszeit und zur Altersteilzeit
- ◆ Eigenständige Alterssicherung der Frau so wie die Reform der Hinterbliebenenversorgung
- ◆ Vorsorgemaßnahmen für den demographischen Wandel.

I. Suske



KORNBLUME
NATURKOST-NATURWAREN

Nutze die geballten Abwehrkräfte
in Äpfeln aus Bio-Anbau.
Qualität, die schmeckt!

Wiesenbacher Str. 34-36 69151 Neckargemünd
Tel. 06223-72777 und Fax 06223-2671

Unser Service für Sie :

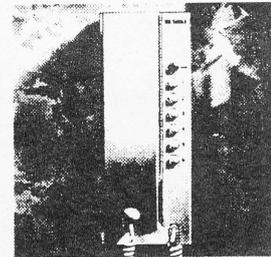
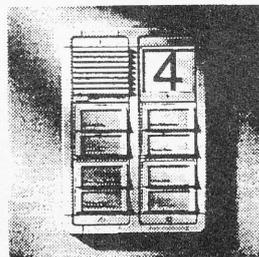
**Neu & Gebrauchtwagenverkauf
Finanzierung & Leasing
Inzahlungnahme**

**Wartungs & Inspektionsarbeiten
TÜV & AU im Hause
Reifenservice
Unfallinstandsetzung
Achsvermessung
für fast alle Fabrikate**

**Renault-Service
Autohaus Franz Peuker GmbH**

**In der Au 7
69257 Wiesenbach
06223/5984**

Neuer Anschluß für Ihren alten Klingeldraht.



Für Ihren Einstieg in eine moderne Gebäudekommunikation brauchen Sie nichts anderes als Ihren alten Klingeldraht. Ohne viel Schmutz und Installationsaufwand erlangen Sie so eine Tür- und Haussprechanlage mit dem Komfort und Design von heute und allen Optionen auf die Entwicklungen von morgen.

SSS SIEDLE

ELTRA GmbH Elektroinstallationen



**Ralf Morawiec
In der Au 1/2
69257 Wiesenbach
Tel. 06223 / 4163
Fax. 06223 / 4164**

■ Au Backe !

Wer bezahlt mir meinen Zahn ?

Seit Jahren folgt nun schon innerhalb des Gesundheitswesens eine Reform der nächsten. Und doch hat kaum ein Reformprojekt der neuen Bundesregierung so schnell und so heftig massive Gegenwehr hervorgerufen, wie das sogenannte Vorschaltgesetz - die Vorstufe der großen Gesundheitsreform.

Und welche Berufsgruppe ging da auf die Strasse ? Die Mediziner ! Sie befürchten massive Einkommenseinbußen auf ihrer Seite und malen die Zukunft des Gesundheitswesens in düsteren Farben. Schließungen von Arztpraxen, Entlassungen von ärztlichem Assistenzpersonal, Einschränkungen von medizinischen Leistungen zu Lasten der Patienten seien die Folge des Vorhabens der Regierung von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Doch nicht alle Mediziner sehen die Veränderungen unter diesen düsteren Zeichen, nicht alle halten es für richtig, so massiven Druck auf die Patienten auszuüben. Doch zunächst der Reihe nach.

Das Solidaritätsstärkungsgesetz (so der korrekte Namen für das Vorschaltgesetz) geht unmittelbar auf die Vorgaben des Koalitionsvertrags von Bündnis 90/Die Grünen und SPD zurück. Dort haben die Parteien vereinbart, schon zum 1.1.1999 einige Korrekturen in der gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen. Zurückgenommen werden Regelungen, mit denen die alte Bundesregierung Unwirtschaftlichkeiten bei der Krankenversorgung auf dem Rücken der PatientInnen "lösen" und/oder - wie beim Zahnersatz - ganz aus dem System der Solidarversicherung aussteigen wollte.

Dementsprechend wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart und dieses Jahr umgesetzt:

- ◆ die Absenkung der Zuzahlung für Arzneimittel
- ◆ die Aussetzung des „Krankenhausnotopfers“ ("20 DM für die Instandsetzung der Krankenhäuser")
- ◆ die Aufhebung der Klausel, die die jüngere Generation von einem Teil der Versicherungsleistungen ausschließt (nach 1978 geborene sollten keine Gelder mehr für den Zahnersatz von der Kasse bekommen!)
- ◆ die Anrechnung von Urlaubstagen für die Inanspruchnahme einer Kur

Diese Vorgaben wurden im Vorschaltgesetz um

gesetzt, um auch den Solidargedanken wiederherzustellen.

Vor allem geht es beim Vorschaltgesetz aber um die Vorbereitung der großen Gesundheitsreform, die in diesem Jahr erarbeitet werden wird. Zu deren Vorbereitung gehört auch, bei den Versicherten das Vertrauen zu schaffen, daß nicht jede Veränderung auf ihre Kosten geht. Um den Reformprozeß nicht durch hektische Kriseninterventionen gefährden zu müssen und die gesetzliche Krankenversicherung erst einmal in ruhiges Fahrwasser zu bringen, sieht das Vorschaltgesetz Ausgabenbegrenzungen für verschiedene Sektoren des Gesundheitswesens in 1999 vor. Niemand wird etwas "weggenommen", wohl aber die Ausgabenzuwächse begrenzt!

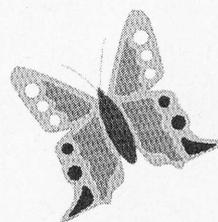
Dagegen liefen die Standesorganisationen der Ärzte Sturm. Gesundheitspolitik wird in Deutschland seit Jahrzehnten von gut organisierten Interessengruppen bestimmt. Benachteiligt von dieser Variante der Verbändedemokratie waren immer schon Gruppen wie die PatientInnen, aber auch das Pflege- und Assistenzpersonal. Und vergessen Sie eines nicht : Es geht im Gesundheitswesen nicht ausschließlich um Ihre Gesundheit - es geht um viel Geld ! (Allein 1996 wurden in Deutschland fast 530 Mrd. DM für Gesundheit ausgegeben. Über 4 Mio. Menschen sind in dieser Branche beschäftigt !)

Viele Menschen aus dem Gesundheitswesen verbinden nun mit dem Regierungswechsel auch die Hoffnung auf einen gesundheitspolitischen Aufbruch. Wir werden sehen, wieviel Menschen bereit sind zu Reformen, die unter der Zielsetzung des Gemeinwohls stehen und trotz begrenzter Ressourcen eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Versicherten zum Ziel haben.

Bernhard Hofmann

❖ Literatur:

Andrea Fischer (Bundesministerin für Gesundheit): *Kurswechsel in der Zeitschrift Schrägstrich*, Heft 1-2/99, Bonn, 1999



■ Postagentur

Das Posthorn abgegeben

Mit Bedauern hat Carla Widmann, seit Sommer 1997 Posthalterin in Wiesenbach, zum 31. März 1999 das Posthorn an die zuständige Regionaldirektion der Deutschen Post AG in Mosbach zurückgegeben. Sie hatte ihren Agenturvertrag mit dem Unternehmen vorsorglich gekündigt, weil die geltenden Geschäftsbedingungen der Post den Agenturbetrieb in Wiesenbach zu einem andauernden Verlustgeschäft machten. Unterstützt von einer großen Zahl zufriedener Agenturkunden hatte sie gleichzeitig versucht, in Verhandlungen mit der Mosbacher Postdirektion bessere Pacht- und Provisionsbedingungen zu erreichen. Erfolglos.

Die ruppigen, wenig seriösen Umgangsformen des „Dienstleistungsunternehmens“ Deutsche Post AG veranlaßten auch die Heidelberger Bundestagsabgeordnete Angelika Köster-Loßack von den Grünen zu einer Intervention, die ebenfalls ohne Erfolg blieb. Die Abgeordnete will jetzt in Erfahrung bringen, inwieweit dieses Geschäftsgebaren die Postversorgung auf dem Land insgesamt gefährdet. Denn es liegt nahe, daß die Ertragslage in Agenturen vergleichbarer Größe ähnlich unzureichend ist, was zu ständigem Wechsel der Posthalter führt. Solange welche gefunden werden.

Ab dem 1. April befindet sich die Wiesenbacher Postagentur nun in den Räumlichkeiten der Bäckerei Hünnerkopf, Ecke Poststraße/Bammentaler Straße. Es wird sich herausstellen, ob der neue Posthalter Dirk Hünnerkopf unter diesen Umständen mehr Erfolg hat. Und zufriedene Postkunden. Es war jedenfalls kein guter Einstand, die Bemühungen vor allem auch des Wiesenbacher Gewerbes um bessere Bedingungen für die Agentur als unerwartet auftretender „Streikbrecher“ zu unterlaufen.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Strom von der Sonne - Geld lacht für 100.000 Dächer

Die neue Bundesregierung hat das 100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm zum Jahresbeginn 1999 in Kraft gesetzt. Anlagen zur Gewinnung von Sonnenstrom werden damit erheblich gefördert. Interessenten sollten jetzt ihre Hausbank fragen.

Termine

Der **Ortsverband Wiesenbach von Bündnis 90/ Die Grünen** trifft sich in der Regel einmal im Monat zu einer öffentlichen Sitzung. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

Mittwoch, 21. April 1999, 20:00 Uhr
Krieg im Kosovo

Mittwoch, 19. Mai 1999, 20:00 Uhr
Ausstieg aus der Atomwirtschaft

Der Treff wird wegen der Agenda 21-Veranstaltung der VHS zur gleichen Zeit verschoben! Der neue Termin wird in den Gemeinde-Nachrichten und der RNZ bekanntgegeben.

Mittwoch, 9. Juni 1999, 20:00 Uhr
Europawahlen 99

Mittwoch, 14. Juli 1999, 20:00 Uhr
Kommunalwahlen 99

Treffpunkt: Balkangrill „Zum Goldenen Löwen“. Die Themenschwerpunkte können sich aus aktuellem Anlaß kurzfristig ändern.

**Veranstaltungsreihe „Lokale Agenda 21“
der VHS Eberbach-Neckargemünd:**

Mittwoch, 14. April 1999, 20:00 Uhr
**Zukunftsfähiges Deutschland -
Das Konzept der Nachhaltigkeit**
Referentin: Dr. Angelika Zahrt, Bundesvorsitzende des BUND

Donnerstag, 29. April 1999, 20:00 Uhr
Lokale Agenda in anderen Gemeinden
Referent: Gerd Oelsner, Landesanstalt für Umweltschutz, und Vertreter und Vertreterinnen aus solchen (kleineren) Gemeinden

Mittwoch, 19. Mai 1999, 20:00 Uhr
**Agenda-Forum: Lokale Agenda 21 in
Bammental, Gaiberg, Neckargemünd und
Wiesenbach -**
Was wollen wir tun? Wie packen wir es an?
Bürgerinnen und Bürger beraten Aktivitäten.

Die Veranstaltungen finden im Bürgersaal des Prinz Carl-Gebäudes, Hauptstr. 56 in Neckargemünd statt. Sie sind öffentlich. Der Besuch ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Jenseits von Wiesenbach

■ Atomenergie

Ein bißchen Ausstieg, bitte?

Seit den Reaktorkatastrophen von Harrisburg und Tschernobyl wurde in Meinungsumfragen ermittelt, dass eine stabile Mehrheit der Deutschen für den Ausstieg aus der Atomenergie ist. Beide Parteien der Bundesregierung haben dies in ihr Wahlprogramm geschrieben und sind nicht zuletzt auch deshalb gewählt worden. Leider kam es bekanntlich zu einem Hauskrach in der Koalition, mit dem Zwischenstand, dass Bonn nun den Ausstieg, sprich das Atomgesetz, verschoben hat.

Keine Frage, wer dieses Herumgeeiere zu verantworten hat, oder was meinen die SPD-Herren Müller und Schröder dazu? Dabei war im Koalitionsvertrag ein klares Ausstiegsszenario festgelegt worden:

1. Atomrechtsnovelle
2. Konsensgespräche
3. Gesetzesregelung zum Ausstieg

Inzwischen ist offenbar nur noch die Rede davon, „die Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Energiegewinnung geordnet und sicher zu beenden“. Dieses „nur noch“ wäre ja recht viel, wenn ein Zeitraum dazu angegeben wäre. Wollten die Grünen das Ende der Atomkraft noch innerhalb einer Legislaturperiode, so hat die SPD ihren Parteitagsbeschluss längst vergessen, es ist nicht mehr von 10 Jahren die Rede, wie damals nach Tschernobyl, sondern von 20 Jahren Restlaufzeit.

Die Atommafia, oder nein, drücken wir es vornehmer aus, die Energiekonzerne, braucht man nach ihren Vorstellungen von Dauer natürlich nicht zu befragen, spielt doch jeder Tag glänzende Gewinne ein.

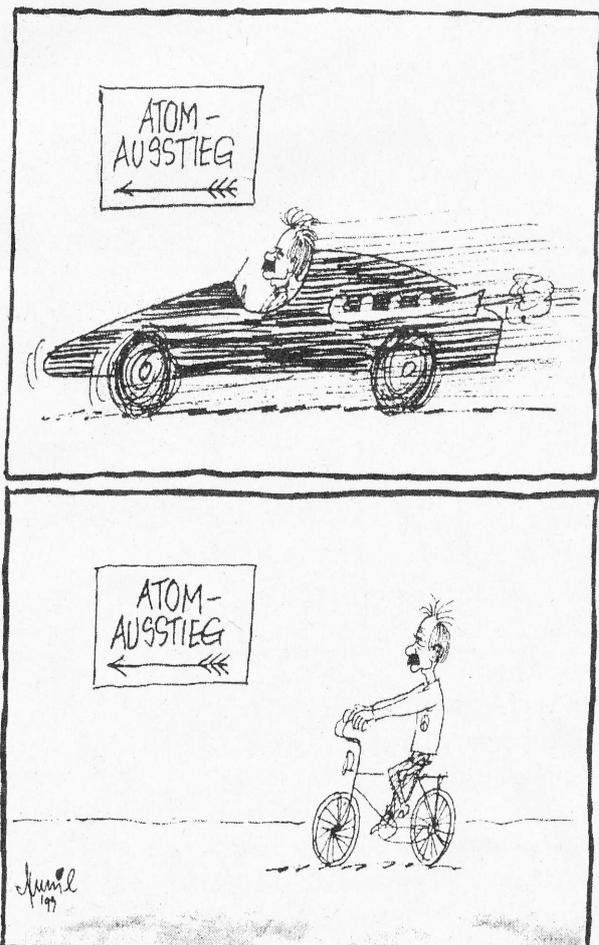
Umweltminister Trittin, von interessierter Seite zum Buhmann hochstilisiert, hatte mit dem Einbringen der Novelle zum Energierecht sehr wohl erkannt, wo der Hebel anzusetzen war: bei der Entsorgung in den Atomanlagen in Frankreich und Großbritannien. Die Halbherzigkeit der SPD, aber auch handwerkliche Fehler der Koalition haben dieses nun zurückgestellt.

Die gegenwärtige Tendenz, für jedes Kraftwerk einzeln die Restlaufzeiten festzulegen, kann sowohl dazu führen, dass Schrottreaktoren à la Obrigheim oder Biblis in wenigen Jahren stillgelegt werden, als auch dazu, dass dafür andere erst in Jahrzehnten zu schließen.

Immerhin hat die Bundesregierung erkannt, dass ein solches Thema nicht nur mit den Betreibern

besprochen werden kann, sondern dass auch Gewerkschaften und vor allem Umweltverbände zu Wort kommen müssen. Gerade letztere sprechen nach der Verschiebung der Atomrechtsnovelle gerne von Schiebung. Halten wir fest: jeder Tag Atomkraft vergrößert das Risiko für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Die Menge des Atommülls wächst weiter. Sichere Endlager gibt es derzeit nicht. Das bedeutet, auch die Bevölkerung des Rhein-Neckar-Kreises darf weiterhin mit der Gefahr leben: Gefahr durch Atomtransporte, durch Zwischenlager - direkt bei Obrigheim -, Gefahr durch technisches Versagen oder aber auch durch Flugzeugabstürze. Jetzt gibt es, heiliger Sankt Florian, inzwischen sogar ganz Schlaue, die am liebsten alles einfach nach Rußland verkaufen würden, aus unseren Augen und aus unserem Sinn. Das hilft aber nichts, es hilft nur eins: Aufhören mit der weiteren Anhäufung von Atommüll!

Peter Kühn



■ Erfolg für Grün !

Senkung der Kreisumlage, bessere soziale Förderung, mehr Mittel für den OPNV

Bereits im Dezember 1998 hat der Kreistag den Haushaltsplan für 1999 mit einem Volumen von rund 1,1 Mrd. DM beschlossen. Trotz der beachtlichen Summe ist - im Gegensatz zum Haushaltsplan der Gemeinde - festzustellen: Ca. 98 % der Einnahmen und Ausgaben sind durch gesetzliche Aufgaben des Kreises (z.B. die Sozialhilfe) gebunden. Der Spielraum des Kreistages ist damit sehr eng.

Grüne Haushaltspolitik konzentrierte sich darauf, die Rücknahme der Kürzungen der Förderleistungen auf dem sozialen Sektor zu erreichen. Unsere Befürchtungen, die durchschnittlich 25%-igen Kürzungen im Jahr 1998 würden die Substanz und Qualität der sozialen Versorgungsstruktur für die Kreisbevölkerung angreifen, haben sich bewahrheitet. Das ganze Jahr über rissen die negativen Schlagzeilen über die Folgen der Kürzungen nicht ab: Das Frauenhaus Heidelberg in akuter Finanznot. Das Kinderschutzzentrum Heidelberg steht infolge Kürzungen vor der Schließung. Personaleinsparungen bei etlichen Angeboten in der Sozialberatung. Es zeichnete sich ab: Bleibt es für 1999 bei der Mittelkürzung, dann erfolgt eine unumkehrbare Verschlechterung der sozialen Infrastruktur. Konkret: Sozial schwache, psychisch kranke Menschen werden in einzelnen Gemeinden, bzw. Kreisteilen 1999 ohne Betreuung dastehen.

Grüne Haushaltspolitik hat wichtige Erfolge erzielt, indem uns bei den Förderleistungen ein Durchbruch gelang. Unter dem Druck einer engagierten öffentlichen Diskussion um den Bestand von sozialer Betreuung im Kreis, vor allem angesichts der drohenden Schließung des Kinderschutzzentrums in Heidelberg, hat die Kreisverwaltung eingelenkt. Wir haben es erreicht, daß für 1999 ein Betrag von DM 54.000 zusätzlich für soziale Fördermaßnahmen bereitgestellt wird.

Dies sichert z.B. das Überleben des Kinderschutzzentrums Heidelberg, entspannt die finanzielle Lage mancher sozialer Initiative, u.a. der Frauen-Einrichtungen, schafft unabdingbare Voraussetzungen für eine schrittweise mittelfristige Sicherung der sozialen Infrastruktur im Kreis.

Zusätzlich konnten wir mit der Erhöhung der Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs auf 40% einen zunächst aussichtlosen Antrag im Bereich der Umweltpolitik durchsetzen.

Und : Grüne waren es, die mit ihrer Dauerkritik an den Kosten der immensen Überkapazitäten auf dem Abfallsektor (allein 8 - 10 Mio. DM / jährlich durch die Überkapazitäten der Mannheimer Müllverbrennungsanlage) dafür sorgten, daß die Abfallgebühren in den Jahren 1999 und 2000 stabil bleiben.

Last but not least : Eine spürbare Entspannung der finanziellen Lage des Kreises zum Jahresende 1998 konnte genutzt werden, um - erstmalig in der Kreisgeschichte - die Kreisumlage (den Finanzierungsbeitrag der 54 Kreisgemeinden an den Kreis) zu senken.

Hans - Ulrich Sckerl (Fraktionsvorsitzender der bündnisgrünen Kreistagsfraktion)

Grüne online

Wenn Ihnen die Zeit bis zum Erscheinen des nächsten GRÜNEN BOTEN zu lang wird:
Aktuelle grüne Nachrichten aus unserer Ecke finden Sie auch im Netz der Netze ...

www.ba-wue.gruene.de/odenwald-kraichgau



GETRÄNKE KERN

Breites Sortiment · Bester Service

Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH
In der Au 8 · 69257 Wiesenbach
☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84



Aus Wiesenbach

■ Erhebliche Flurschäden

Am Tag, als der Regen kam

Das war knapp: Starke und lang anhaltende Regenfälle ließen am 19. und 20. Februar 1999 die Herzen der Bachanlieger schneller schlagen. Aber die bereits vorhergesagte Überschwemmung blieb glücklicherweise aus. Leider sind allerdings Flurschäden zu verzeichnen, die im wesentlichen von Wassermassen verursacht wurden, die nicht in den vorgesehenen Gräben ablaufen konnten.

Waren die Gräben nicht ausreichend geputzt? Bürgermeister Kaiser sieht keine Nachlässigkeit auf Seiten der Gemeinde. Die Gemeindearbeiter hätten zum Beispiel an der Kreisstraße mehrmals die Einläufe kontrolliert und gesäubert, sagt der Bürgermeister.

Die Wasser aus den Seitentälern dürfen sich gar nicht derart sammeln können, daß sie eine Kraft entwickeln, die alles mitreißt beziehungsweise ausspült.

Man sollte nochmal ernsthaft über den Bau kleinerer, in der Flur verteilter Rückhaltebecken nachdenken. Zu dieser Problematik gibt es nicht zuletzt aus der Hochwasserdamm-Diskussion bereits genügend Ideen. Das Wochenende hat gezeigt, daß Handlungsbedarf besteht.

Das Forstamt hat dies bereits erkannt und an einigen geeigneten Stellen entsprechende Maßnahmen ergriffen. Mit Erfolg, wie der Gemeinderat jetzt bei einer Waldbegehung feststellen konnte.

Markus Bühler

■ Ein Erfolg ?

Verkehrsberuhigung auf der Kreisstraße

Vor einigen Monaten ist nun der Ortseingang auf der Kreisstraße Neckargemünd-Wiesenbach durch die Verschwenkung und die Verkehrsinsel umgebaut worden. Die Gemeinde und die AnwohnerInnen haben sich dadurch weniger Lärm und geringere Geschwindigkeiten erhofft. Eine erste Zwischenbilanz zeigt, daß sich ein Erfolg (noch) nicht einstellt. Etliche AutofahrerInnen verringern - in beiden Richtungen - sicherlich ihre Geschwindigkeit, der größere Teil aber hat sich rasch an die baulich veränderte Situation gewöhnt und "brettert" wie bisher sowohl in

den Ort hinein als auch heraus. Und das Beschleunigen unmittelbar nach der Verschwenkung führt im Ergebnis sicher nicht zu einer geringeren Lärmbelastung. Um auf der sicheren Seite zu sein, muß die Entwicklung noch eine Zeitlang beobachtet werden. Damit das angestrebte Ziel letztlich erreicht wird, ist die Notwendigkeit ergänzender Maßnahmen in Sicht - etwa eine Tempo-30-Zone bis zum Ortsausgang oder weitere bauliche Maßnahmen. Angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens auf der Kreisstraße und der erkennbar höher werdenden durchschnittlichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge ist auch die Frage zu stellen, ob nicht eine Tempobegrenzung auf 70 km/h für den gesamten Außerortsbereich sinnvoll ist.

(us)

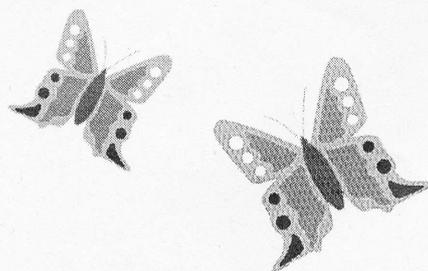
■ Der wilde Müll nimmt zu

Wo Flaschen und Dosen fliegen

Es fällt auf: Die Böschungen entlang der Kreisstraße von Wiesenbach nach Neckargemünd und die weitere Umgebung entwickeln sich langsam zur Müllhalde. Besonders unverständlich ist: Nicht etwa Abfälle, für die Leerungsgebühren anfallen, werden illegal abgeladen, sondern meistens verwertbare Stoffe, wie leere Flaschen, die (bisher) kostenlos über die "Blue Box" einer Wiederverwertung zugeführt werden, oder „Ex und Hopp“-Getränkedosen aus Weißblech und Aluminium.

Für manche AutofahrerInnen, die die Kreisstraße befahren, scheint sich zudem das "Flaschen- und Dosenwerfen" zum Volkssport zu entwickeln. AnwohnerInnen berichten immer häufiger, daß einem bei abendlichen Spaziergängen entlang der Kreisstraße schon mal eine Flasche aus einem vorbeifahrenden Auto entgegenkommt.

(us)



❖ Hier ist Platz für Ihre Meinung

Briefe an die Redaktion

Unter der Rubrik „Ihr Sprachrohr“ veröffentlichen wir Ihre Anregung, Ihre Kritik oder Ihren Kommentar zum Ortsgeschehen, liebe Leserinnen und Leser. Auf der „Letzten Seite“ finden Sie genügend grüne Anschriften, an die Sie Ihren Leserbrief richten können. Fassen Sie sich ein Herz!



Heinz Lägler
Goethestr. 6
69257 Wiesenbach
Tel+Fax: 06223-5569
13. Feb. 99

Dirk Hünnerkopf
Bäckerei
Bahnhofstr. 3
69151 Neckargemünd

Offener Brief an die Bäckerei Hünnerkopf,
Wiesenbach

Sehr geehrter Herr Hünnerkopf,
nachdem mir jemand mitgeteilt hat, dass in Ihrer Filiale in Wiesenbach Unterschriftenlisten der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ausliegen, habe ich mich heute selbst davon überzeugt.

Rechts auf der Theke habe ich eine solche Liste entdeckt.

Dies ist für mich der Anlass, bei Ihnen keine Waren mehr zu kaufen.

Ich halte diese Aktion der CDU für

1. Durchsichtig und kontraproduktiv
2. Scheinheilig und
3. Gefährlich

1. Durchsichtig und kontraproduktiv deshalb, weil diese Aktion ausländerfeindliche Gefühle gewisser Kreise in der Bevölkerung verstärkt und nicht dem vorgeblichen Ziel der Integration dient.

2. Scheinheilig deshalb, weil gerade die CDU, als sie noch an der Regierung war, die doppelte Staatsbürgerschaft von Aussiedlern aus den östlichen Ländern (Russland und Polen) jederzeit hingenommen hat.

Diese Doppelstaatler sind jetzt in den Augen der CDU ein Sicherheitsrisiko und ihnen wird durch die CDU Illoyalität zum deutschen Staat

vorgeworfen.

Scheinheilig auch deshalb, weil z.B. einer der größten Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft, der CDU-MdB Wolfgang von Stetten, verschweigt, dass seine Kinder ebenfalls die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.

(Diese Information habe ich aus dem STERN.)

3. gefährlich deshalb, weil diese Aktion der CDU die deutsche Gesellschaft wieder spaltet, wie es die CDU schon einmal bei den Ost-Verträgen getan hat.

Sie, Herr Hünnerkopf, wissen genauso wie ich, dass Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft nicht privilegiert sind, denn in den meisten Ländern gilt das Wohnsitzprinzip für den Erhalt staatlicher Leistungen. Niemand kann deshalb in zwei Staaten gleichzeitig eine Rente erhalten oder Sozialleistungen kassieren.

Es geht lediglich darum, die dauerhaft in Deutschland lebende Bevölkerung zu Staatsangehörigen mit gleichen Rechten und Pflichten zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen wird Mehrstaatigkeit hingenommen.

Mit freundlichem Gruß

Lägler

P.S. Dieser Brief wird im "GRÜNEN BOTEN 1/99" des OV Wiesenbach von Bündnis 90/ Die Grünen veröffentlicht.



RESTAURANT

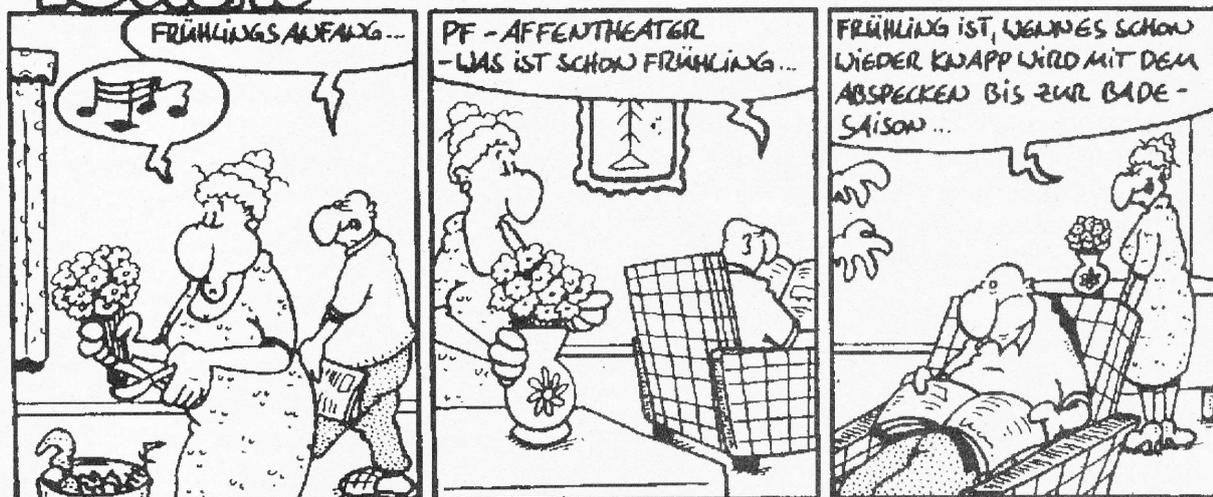
OLYMPIA

Angenehme Preise und eine gute
Atmosphäre, auch für Betriebs- und
Familienfeiern

Öffnungszeiten
täglich 17.00 - 24.00 Uhr
So. ab 11 Uhr

In der Au 18
Wiesenbach
Tel. 5889

TOUCHE by @TOM

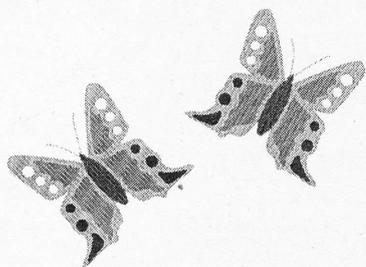


■ Vor zehn Jahren

Kaum zu glauben, aber wahr

„Eines sollten wir uns überlegen: Ob wir für eine Übergangszeit für Menschen, die Jahrzehnte hier sind, nicht die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen trotz Beibehaltung der Staatsbürgerschaft des Heimatlandes. Es sind die schlechtesten Menschen nicht, die am Land ihrer Väter hängen und die Staatsbürgerschaft ihrer Jugend nicht wie das Hemd wechseln wollen. ...

Wir haben sie als Gastarbeiter ins Land geholt. Inzwischen sind sie 25, 20, und 15 Jahre da. Die erste Generation will vielleicht noch zurück, aber sie geht nicht mehr zurück, weil sie bei ihren Kindern bleibt. Die Kinder, die zweite Generation, ist gar nicht mehr von den Einheimischen zu unterscheiden. Integration heißt hier das Ziel und Erleichterung der Einbürgerung. Sie sollen Deutsche werden können, wenn sie wollen.“
(Ministerpräsident Erwin Teufel, damals Chef der Landtagsfraktion seiner Partei in Stuttgart, am 18. Februar 1989 vor dem Kreisparteitag der Konstanzer CDU)



Adressen

Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90 / Die Grünen:

Ingrid Hofmann
Panoramastraße 40 Telefon: 46833

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Markus Bühler
Hauptstraße 53
Telefon: 970293 Fax: 970295
e-mail: markus.buehler@t-online.de

Heinz-Ludwig Nöllenburg
Schillerstraße 52
Telefon: 484121 Fax: 972313
e-mail: heinz-ludwig.noellenburg@t-online.de

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen. DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985. Jährlich werden mindestens drei Ausgaben herausgebracht und mit einer Auflage von 1300 Stück kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.

REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann und Heinz-Ludwig Nöllenburg
V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-46833 Fax: 06223-972071
eMail: B.Hofmann-FOKUS.PE@t-online.de

ANZEIGEN: Martin Suske
In der Au 36
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-47522 Fax: 06223-971185

DRUCK: MK Druck GmbH, 74927 Eschelbronn
Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.